

Personalaufkommen sowie den Einsatz von Fahrzeugen kommen.

Melina Stoll betreut zwei Hip-Hop-Gruppen. Eine Gruppe sind Kinder von

keine Jungenmannschaft gemeldet. Be-

Protest gegen Bundespläne

Pflegebündnis wendet sich gegen Abschaffung der Pflegeausbildung

Gaggenau (BNN). „Die von der Bundesregierung geplante Abschaffung der Altenpflegeausbildung sehen wir mit sehr großer Besorgnis“ so Peter Koch, Vorsitzender des Pflegebündnis Mittelbaden e.V.. Das Pflegebündnis Mittelbaden setzt sich seit Jahren für den Erhalt der Altenpflegeausbildung ein. Die Bundesregierung plant mit dem neuen Pflegeberufsgesetz die Ausbildungen der Alten-, Kinderkranken- und Krankenpflege zu einer einheitlichen, „generalistischen Pflegeausbildung“ zusammen zu führen.

Die Hauptkritikpunkte aus Sicht der Altenpflege sind, dass nach der aktuellen Vorlage die Auszubildenden ihren Ausbildungsbetrieben nur noch rund die Hälfte der aktuellen Zeit zur Verfügung stehen, sowie die Inhalte der Altenpflege nur eine deutlich untergeordnete Rolle spielen. In vielen Gesprächen

mit Bundes- und Landespolitikern, haben Vertreter des Pflegebündnisses und der Altenpflegeschulen, ihre Bedenken dagegen vorgebracht, diese finden jedoch auf bundespolitischer Ebene wenig Gehör.

Trotz massiven Widerstands der Altenpflegebasis und der Kinderkrankenpflege, die sich aktuell in einer Petition nochmals eindringlich für ein Erhalten der eigenständigen Ausbildung ausspricht (die Petition wurde innerhalb weniger Tage von 150 000 Personen unterzeichnet), hält die Bundesregierung an dem Vorhaben fest und stellt die Gegner als Minderheit dar.

Da das Thema im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, versucht die Regierung, allen voran der Pflegebevollmächtigte Karl-Josef Laumann (CDU), noch in dieser Legislaturperiode das Reformvorhaben umzusetzen, obwohl sich im-

mer mehr Gegenstimmen, auch aus den eigenen Reihen, zu Wort melden.

Auch aus der Opposition und den Ländern wird die Kritik lauter, zuletzt sprachen sich Elisabeth Scharfenberg, pflegepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, und ihre Parteifreundin Barbara Steffens (Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen) für ein Moratorium (= Aufschub) des geplanten Pflegeberufsgesetzes aus.

„Wir unterstützen das Vorhaben eines Moratoriums zum Pflegeberufsgesetz. Es ist für uns unverstänlich wie ein Gesetz durch den Bundestag verabschiedet werden soll, ohne das die Ausbildungsinhalte klar formuliert sind und die Ausführungsverordnung noch nicht vorliegt,“ so Peter Koch vom Pflegebündnis Mittelbaden.